

EuropolIS

Berlin, 05.09.2018

Pressemitteilung

Mit heutigem Tag hat das Bundesverfassungsgericht (2. Senat) zu einer mündlichen Verhandlung über die seit 2014 anhängige Verfassungsbeschwerde gegen die Bankenunion für den 27.11.2018 geladen.

Die Klägergruppe EuropolIS, die in vielfältigen Schriftsätzen auf die Dysfunktionalität der Bankenabwicklung innerhalb der Bankenunion und die unkontrollierbaren Haftungsrisiken für Deutschland hingewiesen hat, sieht dieser mündlichen Verhandlung gespannt entgegen.

Denn die mündliche Verhandlung fällt in eine Zeit weitreichender Vorschläge von französischer Regierung und EU-Kommission zur „Vollendung der Bankenunion und Vertiefung der Währungsunion“.

Der Verfahrensbevollmächtigte der EuropolIS-Gruppe, Prof. Kerber:

„Angesichts des ungelösten Klumpenrisikos des italienischen Bankensektors ist zu hoffen, dass die deutsche Öffentlichkeit den Ernst der Lage erkennt und die Bundesregierung von einer Beteiligung an Haftungserweiterungen und weiteren Transferzahlungen sowie der Vergemeinschaftung von Bankenabwicklungsfonds Abstand nimmt.“

Pressekontakt:

Dr. Adrian Klein, legal officer

E-Mail: sek3@officemck.de

Tel.: 0049-(0)30 84314136

10178 Berlin
Hackescher Markt 4
Tel.: 030-843 14 136
Fax.: 030-843 14 137

Mobil: 00 49-172-393 53 12
E-mail: mkerber@europolIS-online.org
Internet: www.europolIS-online.org

75016 Paris
25 bis rue Jasmin
Tel.: 00 33-1-40 50 68 77